

allgemeinen Boykott der Nomosuhren zu empfehlen. Alle Kollegen sollen öffentlich durch die Zeitungen erklären, daß sie Nomosuhren nicht reparieren, auch weder Glas noch Zeiger ersetzen, so daß ihre Besitzer gezwungen wären, wegen jeder Kleinigkeit die Uhren nach Glashütte zu schicken. Das würden sie natürlich bald satt bekommen. Zweifellos ließen sich durch einen derartigen Boykott viele von einem Kauf der Nomosuhren abschrecken und damit würde der Zweck des Mittels erreicht sein. Fraglich ist es nur, ob es gelingt, die zu einem derartigen Vorgehen nötige Einheit unter den Uhrmachern herzustellen. Nach unseren Erfahrungen müssen wir dies bezweifeln, wir sind aber gern bereit, uns von dem Gegenteil überzeugen zu lassen und erwarten hierüber die Erklärung unserer Mitglieder. Inzwischen ersuchen wir aber alle Kollegen, denen bekannt geworden ist, daß Private durch die Reklame der Nomosuhrgesellschaft in den Glauben versetzt worden sind, es handele sich bei dem Angebot um Glashütter Uhren, uns dies mitzuteilen und alles erreichbare Beweismaterial uns einzuschicken.

Bei der letzten Konferenz der Fachverbände ist unserem Organ, wenn auch nicht direkt, so doch verblümt der Vorwurf gemacht worden, daß darin

unlautere Inserate

aufgenommen werden. Wir stellen dem gegenüber fest, daß sich unser Organ gegen die Aufnahme aller unlauteren Inserate streng ablehnend verhält und darin für die Uhrmacherfachblätter, es sei nur an die Inserate des Preußischen Leihhauses in Berlin erinnert, vorbildlich gewesen ist. Dagegen haben Anzeigen von Firmen, die altes Gold, Brillanten und sogenannte Ladenhüter ankaufen, Aufnahme gefunden, weil sämtliche anderen Fachblätter dies seit Jahren auch tun. Wenn die Berliner Uhrmacher-Zeitung in ihrem Bericht über die Konferenz behauptet, sie lehne derartige Inserate seit langer Zeit ab, so kennt sie ihren eigenen Inseratenteil nicht, denn noch in ihren beiden letzten Nummern sechs und sieben sind drei solcher Anzeigen veröffentlicht worden! Dies zur Richtigstellung.

Als eine gewissenlose Handlung der Berliner Handwerkskammer wurde auf der Konferenz durch Herrn Fischer die Abzweigung der

Taschenuhrgehäusemacherei als selbständiges Handwerk

bezeichnet. Da unsere Zentralstelle seinerzeit von der angegriffenen Kammer in der Angelegenheit um die Abgabe eines Gutachtens ersucht wurde, trifft der Vorwurf auch uns und wir bemerken deshalb dazu folgendes: Die Taschenuhrgehäusemacher Berlins haben selbst beantragt, aus der Goldschmiedeeinnung entlassen und als selbständiges Handwerk anerkannt zu werden. Die Kammer hat dann darüber Erhebungen angestellt, ob diesem Verlangen stattgegeben werden könne. Uns wurden dabei die Fragen vorgelegt, ob die Gehäusemacherei als selbständiges oder mit der Uhrmacherei verwandtes Gewerbe anzusehen wäre. Daraufhin haben wir erwidert, daß letzteres auf keinen Fall zutrefte, eher könnte noch die Gehäusemacherei mit dem Goldschmiedehandwerk als verwandt betrachtet werden, doch läge nach unserer Meinung kein Grund vor, den Wünschen der Gehäusemacher entgegen zu sein, denn ihr Handwerk habe sich schon seit vielen Jahren zu einem selbstständigen entwickelt. Wir glauben damit die Anschauung unserer sämtlichen Mitglieder vertreten zu haben und gehen über die Kritik zur Tagesordnung über.

Zur Leihhausfrage.

Der Detaillisten-Verein zu Köln hat gemeinsam mit der Kölner Juwelier-Vereinigung und der Kölner Uhrmacher-Innung, wie wir schon in Nummer 6 berichteten, an den Oberbürgermeister eine Eingabe gerichtet, in der diese Korporationen gegen die beabsichtigte Anlegung eines Schaufensters im städtischen Leihhause Stellung nehmen. In der Eingabe heißt es, daß die Klagen über schwere Schäden, die den Uhrmachern und Goldschmieden durch das Geschäftsgebahren der Leihhäuser zugefügt werden, neuerdings besonders aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet

laut geworden sind. Auch in Köln haben sich Ende Februar die Vorstände obengenannter Vereine mit der gleichen Frage beschäftigt. Den Anlaß ihrer Beratung bildete die bei einer Versteigerung erfolgte Bekanntmachung über die beabsichtigte Anbringung eines großen Schaufensters im städtischen Leihhause, in dem Goldwaren, Uhren usw. vor der Versteigerung ausgelegt werden sollen. Hier würde das Leihhaus seine Grenze weit überschreiten, die ihm das Bestreben, in Not geratene Existenzen vor wucherischer Ausbeutung zu bewahren, gesteckt hat. Es würde dadurch den hohe Steuern zahlenden ansässigen Gewerbetreibenden der gleichen Branche die empfindlichste Konkurrenz bereiten und sie noch verschärfen, wenn die Leihhausverwaltung neben den bisher üblichen Bekanntmachungen in den Tagesblättern, eventuell vielleicht später auch noch zur Besichtigung der im Auslagefenster liegenden, zur Versteigerung kommenden Pfänder einladet. Sollte mit dieser Neueinrichtung die Erzielung eines erhöhten Mehrerlöses bezweckt werden, um diesen alsdann den Versetzern zuzuwenden, so würde für die ansässigen Gewerbetreibenden eine noch weit höhere Gefahr entstehen, denn dann würde aus dem Versetzen ein noch schwunghafterer Handel gemacht und solche Unternehmen geradezu gefördert werden, von denen manche lediglich für das Pfandhaus arbeiten. Nicht in letzter Linie wird aber gegen die Absicht der Leihhausverwaltung auch der Einwand erhoben, warum lediglich für Gold, Uhren und sonstige Wertsachen ein Fenster geschaffen werden soll. Das Bestreben der Stadtverwaltung müsse doch darauf gerichtet sein, den Mittelstand zu erhalten und so auch die mittleren und kleineren Geschäfte der Gold- und Uhrenbranche vor Maßnahmen schützen, die wie es z. B. in Münster durch das gleiche Beginnen der Leihhausverwaltung der Fall war, zahlreiche Existenzen dieser Branchen dem Ruin nahe bringen.

Zur Erhöhung der Preise

erfahren wir aus Breslau folgendes: Seit dem Monat Oktober vorigen Jahres sind in dem Uhrmachergewerbe Verhandlungen gepflogen worden, welche die vorbereitenden Schritte zur Erhöhung der Preise bei den Uhrmachern — der allgemeinen Teuerungslage entsprechend — bildeten. Eine Kommission wurde schließlich gewählt, welche den Entwurf für die Erhöhung beraten hat. In einer vor kurzem abgehaltenen Versammlung der Uhrmacher wurde der Beschluß jener Kommission mitgeteilt und auch angenommen: die Reparaturpreise sollen erhöht werden. Von einer prozentualen Erhöhung der bisher geforderten Preise wird jedoch Abstand genommen, es soll sich jeder Uhrmacher die Selbstkosten genau ausrechnen und den Teuerungsverhältnissen entsprechend seinen Preis kalkulieren. Einheitspreise lassen sich in dem Gewerbe nicht festsetzen, da die Arbeiten und auch die Geschicklichkeit der Ausführenden zu verschieden sind.

Vom Verband Deutscher Uhrengrossisten ist uns eine Einladung zu dem vom 28. bis 31. Mai in Friedrichroda stattfindenden

17. Verbandstag

zugewandten, welche wir im Interesse der Verständigung über Fragen, welche unser Fach allgemein berühren, gern angenommen haben. Die Tagesordnung des Verbandstages ist zurzeit noch nicht bekannt, doch verspricht schon das Programm eine interessante Tagung, umso mehr als damit wieder eine Ausstellung von Uhren, der Herbstneuheiten 1908, verbunden ist.

Zum Schluß verweisen wir hier letztmals auf den 21. April als Einsendungstermin für unsere diesjährige

Lehrlingsarbeitenprüfung

und bitten um eine recht zahlreiche Beteiligung. Anmeldeformulare stellen wir den Kollegen gern zur Verfügung. Die Arbeiten sind an unsere Geschäftsstelle, Leipzig, Dresdener-Straße 2, zu senden.

Mit kollegial. Gruß

Deutsche Uhrmacher-Vereinigung

(Zentralstelle zu Leipzig).

Alfred Hahn, Vorsitzender.

H. Wildner, Schriftführer.